



BMF - I/4 (I/4)
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

Sachbearbeiterin:
Mag. Ottilie Hebein
Telefon +43 (1) 514 33 501165
Fax 0171015731207
e-Mail Ottilie.Hebein@bmf.gv.at
DVR: 0000078

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

per E-Mail:
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

GZ. BMF-111602/0019-I/4/2008

**Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005 und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geändert werden und ein Bundesgesetz über einen Beirat des Landeshauptmannes zur Beratung in Fällen besonderen Interesses erlassen wird;
Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen
(Frist: 9. Jänner 2009)**

Zu dem vom Bundesministerium für Inneres erstellten und mit Note vom 10. Dezember 2008 unter der Zahl BMI-LR1310/0015-III/1/c/2008 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005 und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geändert werden und ein Bundesgesetz über einen Beirat des Landeshauptmannes zur Beratung in Fällen besonderen Interesses erlassen wird, erlaubt sich das Bundesministerium für Finanzen in der Anlage seine Stellungnahme in elektronischer Form zu übermitteln.

Anlage

29.12.2008

Für den Bundesminister:

Mag. Ottilie Hebein

(elektronisch gefertigt)



An das
Bundesministerium
für Inneres
Herrengasse 7
1014 Wien

BMF - I/4 (I/4)
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

Sachbearbeiterin:
Mag. Ottilie Hebein
Telefon +43 (1) 514 33 501165
Fax 01514335901165
e-Mail Ottilie.Hebein@bmf.gv.at
DVR: 0000078

GZ. BMF-111602/0019-I/4/2008

**Betreff: Zu GZ. BMI-LR1310/0015-III/1/c/2008 vom 10. Dezember 2008
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Asylgesetz 2005, das
Fremdenpolizeigesetz 2005 und das Niederlassungs- und
Aufenthaltsgesetz geändert werden und ein Bundesgesetz über einen
Beirat des Landeshauptmannes zur Beratung in Fällen besonderen
Interesses erlassen wird;
Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen
(Frist: 9. Jänner 2009)**

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, zu dem mit Note vom 10. Dezember 2008 unter der Zahl BMI-LR1310/0015-III/1/c/2008 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005 und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geändert werden und ein Bundesgesetz über einen Beirat des Landeshauptmannes zur Beratung in Fällen besonderen Interesses erlassen wird, wie folgt Stellung zu nehmen:

Unter der Voraussetzung, dass der zur Administration des neu eingefügten § 21 Abs. 9 FPG in den finanziellen Erläuterungen ausgewiesene Zusatzbedarf im Rahmen der dem Bundesministerium für Inneres aktuell zur Verfügung stehenden personellen und budgetären Ressourcen abgedeckt wird, besteht gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf seitens des Bundesministeriums für Finanzen aus budgetärer Sicht kein Einwand.

Dem Präsidium des Nationalrates wurde die Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zum gegenständlichen Entwurf in elektronischer Form zugeleitet.

29.12.2008

Für den Bundesminister:

Mag. Ottilie Hebein

(elektronisch gefertigt)